



Halbzeit-Bilanz 2
Die PDS in der BVV

Kandidaten für Europa 3
Sahra Wagenknecht

Druck machen für bessere Politik

Wie weiter nach der Großdemonstration gegen Sozialklau?

WIR sprach mit Personalrat Wolfram Eisenblätter (ver.di)

Wie geht es weiter nach der großen Demonstration vom 3. April gegen den Sozialraub?

Der außerparlamentarische Druck (Gewerkschaften, Attac, Sozialbündnisse) muss noch stärker werden, und die Gewerkschaften sollten sich als eigenständige politische Organisationen zu erkennen geben; Schluss mit der Rücksichtnahme gegenüber der SPD. Es muss eine klare nachvollziehbare Richtung dieser Bewegung geben: gegen Agenda 2010 - für soziale Gerechtigkeit; gegen den vorliegenden Entwurf einer europäischen Verfassung - für ein soziales Europa.

Die Agenda 2010 ist konkret. Man spürt sie im Geldbeutel. Sind wir mit unseren Gegenvorstellungen konkret genug?

Alternativen gibt es reichlich. Wir müssen sie allerdings sehr viel mehr durchbuchstabieren und gleich noch dazu sagen, dass von der Agenda 2010 einige dicke Enden erst noch kommen.

Ist eine SPD-Regierung nicht immer noch besser als eine von CDU und FDP?

Alle drei Parteien werden diese Politik weiterführen, die Einen mehr, die Anderen weniger. Die Richtung bleibt dieselbe: „Die Erde ist eine Scheibe und Arbeitszeitverlängerung schafft Arbeitsplätze“. Vielleicht glauben sie es selbst.

Was sollte die PDS tun, um wieder als politische Alternative wahrgenommen zu werden?

In Sachen Tarifpolitik hat die PDS in Berlin ihre gesamte Glaubwürdigkeit verloren. Was Rot-Rot in Berlin leistet, das ist die Weiterführung der Agenda 2010 auf lokaler Ebene - Kürzungspolitik wie bei Kitagebühren, Blindengeld, Sozialticket. Die PDS kann nicht auf der einen Seite neoliberale Politik verdammen und sie auf der anderen Seite vorantreiben. Sie kann nur etwas bewirken, wenn sie auch den Mut hat, im konkreten Fall die Koalition in Frage zu stellen. Auch wenn sie dann raus sein sollte.

Wolfram Eisenblätter über sich selbst: Baujahr 62. Vater in einer Patchworkfamilie. Gelernter Weinküfer, jetzt Arbeiter im Öffentlichen Dienst. Personalrat und ver.di-Mitglied. Noch in der PDS und seit kurzem Attac-Mitglied.



Leserbrief zum 1. Mai

Schlimme Wortwahl

Immer öfter liest man, dass nach Ansicht von CDU und FDP die Gewerkschaften entmachtet werden müssten. Kurz vor dem 1. Mai hörte ich in den Nachrichten von der Forderung eines Politikers, diesen Feiertag abzuschaffen, da er „nur im Interesse der Gewerkschaftsbonzen“ liege.

Die Wortwahl erinnert an 1933. Am 1. Mai hatten die Nazis noch (mit wenig Glück) zu einer eigenen Maikundgebung auf dem Tempelhofer Feld aufgerufen. Am 2. Mai 1933 wurden in den Morgenstunden alle Einrichtungen der freien Gewerkschaften besetzt, ihr Vermögen beschlagnahmt, zahllose Funktionäre verhaftet. Mit 85 Jahren kann ich nicht leider mehr an der Mai-Kundgebung teilnehmen. Tut es bitte für mich mit.

Charlotte Buchmann

Die PDS in Reinickendorf - woher? wohin?

Eine Bilanz zur Halbzeit zwischen den Wahlen

„Wir wollen eine sachgerechte Politik machen, die gestaltet und aktiviert, die Bürger/innen mit ihren Sorgen und Wünschen ernst nimmt und ihre Beteiligungsrechte stärkt.“

Das hatte die PDS Reinickendorf ihren Wählerinnen und Wählern im Oktober 2001 versprochen. Das bleibt ihr Grundsatz. Denn Demokratie fängt von unten an!

Bei der Wahl am 21. Oktober 2001 erreichte die PDS in Reinickendorf 3,1 Prozent der Stimmen und gelangte erstmals mit einem Sitz in die Bezirksverordnetenversammlung. Dieses Mandat wird von Renate Herranen (seit September 2003 parteilos) wahrgenommen. Der Arbeitskreis Kommunalpolitik der PDS Reinickendorf unterstützt die Arbeit der Einzelverordneten, die ihre Erfahrungen als Kita-Erzieherin und aktive Gewerkschafterin in die kommunale Politik einbringt. Als Mitglied in drei Ausschüssen der BVV (Soziales, Schule, Haushalt) nimmt sie sich der Anliegen der Jüngsten und der besonders vom Sozialabbau Betroffenen an.

Wer sich an sie wendet, erhält Antwort. Sie wird ernst genommen, weil sie versucht, sachgerecht zu entscheiden. Was im Interesse der Bürger und des Bezirkes liegt, findet ihre Unterstützung. Die unsinnigen Schaukämpfe der beiden „Volksparteien“ in der BVV regen sie auf.

Unsere Halbzeit-Bilanz:

Ohne die PDS und ohne Renate Herranen wären Themen wie der USA-Krieg gegen Irak, die Beschäftigungspolitik nach dem Hartz-Konzept, die sog. Gesundheitsreform,

die Aufhebung des Chipkartenverfahrens für Asylbewerber, die Einschätzung der rechten Szene im Bezirk wohl kaum auf die Tagesordnung der BVV und damit in die öffentliche Diskussion gelangt. Was die Reinickendorfer bewegt - sei es die Kita-Kostenerhöhung, der Stau beim Wohngeld, die Reihenuntersuchungen in Kitas und Schulen, die Neuberechnung des Pflegegeldes, die Wiederherstellung des ursprünglichen Zustandes des Rundweges um den Poloplatz in Frohnau, die Einhaltung des Nachtflugverbots am Flughafen Tegel, die Verkehrsberuhigung in der Namslaustraße, der Erhalt der Jugend-Freizeiteinrichtung „Baracke“, die Drogenpolitik, die Situation an der Musikschule und vieles andere mehr - das alles hat Renate Herranen ins „Bezirksparlament“ getragen und für manche damit „PDS im Alltag“ erlebbar gemacht. Natürlich gelang nicht alles. Wichtige Anträge der PDS wie die Forderung nach einer ständigen Sozialberichterstattung für den Bezirk wurden blockiert. Manchmal kam der Beifall von der falschen Seite, so bei Kritik an unsozialen Maßnahmen des rot-roten Senats.

Wie es weiter geht?

Die PDS Reinickendorf hält Wort. Mit Renate Herranen besteht Übereinstimmung: Sie wird weiterhin auf die Folgen der unsozialen Politik der rot-grünen Bundesregierung, insbesondere der „Agenda 2010“, und die Auswirkungen des Haushaltsnotstandes in Berlin für die Bürgerinnen und Bürger des Bezirkes aufmerksam machen und in der BVV und außerhalb vernünftige Lösungen unterstützen. **Klaus Gloede**

Die BVV behandelte Große Anfragen (GA) der SPD zum **Spielstättenmanagement** (einheitliche Verwaltung des Fontane-Hauses, Ernst-Reuter-Saales und Centre Bagatelle) und zum **Maßregelvollzug** im Bezirk (Planbetten und Belegung, von der Bürgermeisterin behauptete und tatsächliche Zahlen). Die FDP interessierte sich für neue Konzeptionen zur **Gestaltung des Weihnachtsmarktes 2004 in Tegel**.

Angeregt durch einen Brief des allgemeinen Blinden- und Sehgeschwachenverbandes, erkundigte sich Renate Herranen in einer GA nach der **Umsetzung des neuen Landespflegegeldgesetzes** in Reinickendorf. Sozialstadtrat Balzer (CDU) vermittelte ein positives Bild für den Bezirk.

Entgegen der Empfehlung des Umweltausschusses lehnte die BVV das Ersuchen der SPD-Fraktion ab, in Zusammenarbeit mit der zuständigen Senatsverwaltung Vorgaben für eine **Lärminderungsplanung für Reinickendorf** zu entwickeln.

Vor dem Hintergrund der am 18.4.2004 in Kraft getretenen EU-Verordnung zur **Kennzeichnung gentechnisch veränderter Lebensmittel** forderten Renate Herranen und die Fraktion B90/ Grüne in einem Dringlichkeitsantrag das Bezirksamt auf, gegenüber Lebensmittelgroß- und -einzelhändlern im Bezirk tätig zu werden. Der Antrag wurde an den Gesundheitsausschuss überwiesen.

Per Konsensliste stimmte die BVV einem vom B90/ Grüne initiierten Antrag zu, das Bezirksamt möge die für den Bezirk zutreffenden Ergebnisse des Berichts über die **„Gesundheitliche Situation von Frauen in Berlin“** in seine Planungen und Vorhaben einbeziehen. **K.G.**

Wir dokumentiert

EU-Osterweiterung - Aufgabe und Chance für den Bezirk Reinickendorf

Renate Herranen hat in einer Großen Anfrage zur 28. Sitzung der BVV am 12.5. das Bezirksamt um Auskunft gebeten:

1. Welche Vorstellungen hat das Bezirksamt und welche Anstrengungen unternimmt es, dass der Bezirk Reinickendorf langfristig an den Vor-

teilen der EU-Osterweiterung partizipieren kann?

2. Wie beurteilt das Bezirksamt die Zusammenarbeit von im Bezirk ansässigen Unternehmen, Institutionen und Kultureinrichtungen mit Osteuropa?

3. Welche Möglichkeiten besitzt und nutzt das Bezirksamt, um die Erschließung neuer Märkte in osteuropäischen Ländern für die bezirkliche Wirtschaft zu fördern?

4. Welche Möglichkeiten besitzt und nutzt das Bezirksamt, um den Bezirk Reinickendorf als Koopera-

tionspartner für osteuropäische Unternehmen, Kultur- und Bildungseinrichtungen und Verwaltungen darzustellen?

5. Welche Möglichkeiten besitzt und nutzt das Bezirksamt, um das Kennenlernen und die Kommunikation zwischen Bürgerinnen und Bürgern des Bezirkes und osteuropäischen Ländern, vor allem von Schülern und Jugendlichen zu vertiefen?

6. Wie ist das Bezirksamt bei welchen Aktivitäten des Senats im Zusammenhang mit der EU-Osterweiterung eingebunden?

„In der Mitte, nicht über den Berg - eine Halbzeitbilanz“

Leitantrag des Landesvorstandes an die 3. Tagung des 9. Landesparteitages der Berliner PDS

16.5.2004, 10.00 Uhr, AWAKUS Tierparkhotel, Franz-Mett-Str. 3-9 (Lichtenberg)



Die PDS will, dass in der erweiterten Europäischen Union mit dem bisherigen Kurs in der Wirtschafts-, Sozial- und Beschäftigungspolitik gebrochen wird. Wir werden uns im Europäischen Parlament dafür engagieren, dass der Aufbau eines sozialen Europas in den Mittelpunkt euro-

päischer Politik gestellt wird, um die Ziele der Vollbeschäftigung und des sozialen Fortschritts langfristig zu verwirklichen.

Aus dem Wahlprogramm der PDS für die Wahlen zum Europäischen Parlament am 13. Juni 2004

3

Alternativen sind machbar - ein soziales Europa ist möglich

Antworten von Sahra Wagenknecht

Weitere zehn Länder sind der EU beigetreten. Wortführer der deutschen Wirtschaft erläuterten bei dieser Gelegenheit, wie Deutschland an die Neuen anzupassen sei: Erstens „Flexibilisierung“ von Löhnen und Arbeitszeit, zweitens noch mehr private Risikovorsorge und drittens weitere Senkung von Unternehmenssteuern. Was setzt die PDS dagegen?

Ein anderes Europa ist möglich. Eine Koordination der Steuerpolitik, die Mindestsätze in der Besteuerung von Gewinn und Vermögen bindend festschreibt, wäre eine sinnvolle Alternative zum Dumping-Wettlauf, in dem das Land mit den jeweils niedrigsten Steuern die anderen unter Zugzwang setzt.

Gesetzliche Mindestlöhne deutlich oberhalb des derzeitigen Niveaus in Osteuropa wären ein gangbarer Weg, arbeitsplatzvernichtende Produktionsverlagerungen zu verhindern. EU-Subventionen wären zur Förderung und Modernisierung der vorhandenen Betriebe in Osteuropa besser angelegt und könnten nicht zuletzt solche Mindestlöhne auch in Kleinunternehmen sichern.

Eine europäischen Sozialunion, die soziale Standards auf oberem Level einheitlich regelt, würde weit eher zu Wohlstand und Wachstum führen als entfesselte Profitmaximierung.

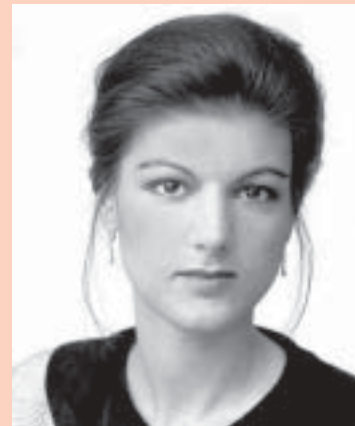
Das würde auch dem deutschen Arbeitnehmer mehr Sicherheit geben. Hältst Du das für machbar?

Ich möchte mich dafür engagieren, gemeinsam mit anderen europäischen Linksparteien gesamt-europäische gesellschaftliche Alternativen zu erarbeiten. Kurzfristig machbare und längerfristige, grundlegende, sozialistische. Allerdings setzt das voraus, dass machtvolle, breite, europaweit vernetzte Gegenbewegungen entstehen, die stark genug sind, solche Änderungen zu erzwingen. Und die sich auch nicht verbieten lassen, über europäische Perspektiven jenseits des kapitalistischen Wirtschaftssystems nachzudenken.

Verabschiedest Du Dich im Falle eines Erfolgs aus der deutschen Politik nach Brüssel und Strasbourg ?

Auch Widerstand gegen die rot-grüne Bundespolitik ist ein Thema von europäischer Relevanz. Denn mit der Schröder-Regierung ist Deutschland längst zu einem der Motoren europaweiten Sozialabbaus geworden. Gegenwehr gegen diese Politik wird für mich auch als EU-Abgeordnete wesentliches Ziel bleiben. Ich möchte dazu beitragen, dass die PDS als Opposition gegen Sozialraub in all seinen Facetten wieder schärferes Profil gewinnt.

Auf PDS-Liste ins Europa-Parlament



Sahra Wagenknecht (Listenplatz 5)

Politische Ziele: Die Frage nach politischer und wirtschaftlichen Alternativen stellt sich in zunehmendem Maß im europäischen Maßstab, weil Regierungen und Wirtschaftslobbys Brüsseler Verträge, die sie selbst mit beschlossen haben, als Vorwand für Sozialraub, Deregulierung und Privatisierungen nutzen. Ich möchte beitragen, die politischen Kräfteverhältnisse in Europa zu verändern, so dass Umverteilung von oben nach unten wieder durchsetzbar wird.

Biografische Angaben: Geboren 1969 in Jena. 1988 Abitur in Berlin. 1990 bis 1996 Studium der Philosophie und Neuen Deutschen Literatur in Jena, Berlin und Groningen. Zur Zeit Dissertation in Volkswirtschaftslehre.

Politischer Werdegang: 1989 - in der Auseinandersetzung zwischen Parteimitgliedschaft und Parteiführung - Eintritt in die SED, später PDS. Seit 1991 Mitglied der Kommunistischen Plattform der PDS. 1998 Direktkandidatin der PDS zur Bundestagswahl in Dortmund. 1991-1995 und seit Oktober 2000 Mitglied des PDS-Parteivorstandes.

„Mit kämpferischen Gegnern von Krieg, Sozialkahltschlag und Kapital - wie Sarah Wagenknecht und Tobias Pflüger - sollte die PDS wieder ins Europaparlament zurückkehren. Vielleicht hilft ein solcher Erfolg von links der SPD-Führung auch, neu nachzudenken.“

Prof. Dr. Jean Ziegler, UNO-Sonderbotschafter

Sahra Wagenknecht in Berlin:

18. Mai, 19 Uhr, Treptow, Fröbelschule, Lindenstr.1

26. Mai, 19 Uhr, Schöneberg, Café Bilderbogen, Akazienstr. 28

24. Mai, 18 Uhr, Lichtenberg, Kulturhaus Karlshorst, Treskowallee

Internet: www.sarahwagenknecht.de

Die Steuerlüge

Wer da hat, dem wird gegeben, dass er die Fülle habe - Matthäus 13

Die Steuern in anderen Ländern lägen weit unter dem deutschen Niveau, behaupten Rot/Grün/Schwarz/Gelb. Der Anteil aller Steuern am Bruttoinlandprodukt ist aber in der BRD niedriger als in fast allen OECD-Staaten: BRD 21,7 Prozent, USA 22,7 Prozent, Frankreich 28,9 und Großbritannien 31 Prozent.

Fast einmalig ist die niedrige

Besteuerung von Vermögen: BRD 0,9 Prozent, USA 3,1 Prozent, Frankreich 3,2 Prozent und Großbritannien 3,9 Prozent.

Die Einkommen abhängig Beschäftigter waren noch 1980 zu 28,7 Prozent mit Steuern und Abgaben belastet und die Gewinne zu 22,1 Prozent. 1998 betrug das Verhältnis 35,4 zu 8,6.

Der Staat verzichtet pro Jahr durch Aussetzung der Vermögenssteuer sowie Senkung der Körperschaftssteuer und des Spitzensteuersatzes auf 35 Milliarden Euro.

Am Rande Schönbohm mit Spargeln

Die Tegeler CDU geht, wie sie es angekündigt hat, weiter unverdrossen auf den Bürger zu. Demnächst lädt sie zum Tegeler Gespräch mit dem Brandenburgischen Innenminister und CDU-Vorsitzenden Jörg Schönbohm ein. Immerhin hat Schönbohm sich rechtzeitig aus der Berliner Version von CDU herausgezogen. Man müsste ihn mal fragen...

Aber zum Schönbohm gibt es Spargel und Wiener Schnitzel - Unkostenbeitrag 18 Euro, Voranmeldung erbeten. Da weiß man doch, wer kommt. Von den Arbeitslosen werden es jedenfalls nur solche sein, die ihren Arbeitsplatz auf hohem Niveau aufgeben mussten - doch, doch, das gibt es auch, das ist geradezu eine CDU-Spezialität, siehe Landowsky. Es werden auch keine Beschäftigten kommen aus den 650 Berufen, in denen Tariflöhne unter sechs Euro die Stunde gezahlt werden und deren Vermehrung Hauptanliegen der CDU-Politik ist (der Berufe, nicht der Löhne, was denken Sie denn).

Beim vorigen Tegeler Gespräch übrigens wurde Eberhard Diepgen gefeiert. Der Bundestagsabgeordnete Roland Gewalt (CDU, Tegel) war richtig gerührt: „Es ist beeindruckend, bei wievielen Personen Eberhard Diepgen noch im Herzen verwurzelt ist.“ Kunststück, Diepgen hat uns seine Popularität auch was kosten lassen und viel Landesgeld unter die Leute gebracht, besonders unter einige. Seitdem kann Berlin endgültig hinten und vorne nicht mehr hoch.

Zum Diepgen gab es übrigens Gänsebraten. Was die Gänse betrifft: Sie haben hoffentlich nicht gemerkt, dass sie gerupft wurden.

Jochen Eser



Die kleine Kirche ist den Heiligen Konstantin und Helena geweiht



Büste Michail Glinkas auf dem Russischen Friedhof

Wo Glinka beigesetzt war

In diesem Jahr ist der 200. Geburtstag des großen Komponisten Michail Glinka zu begehen. Auf dem alten Grabstein auf dem Russischen Friedhof in Reinickendorf steht als Geburtsdatum der 20. Mai 1804, nach dem Gregorianischen Kalender, der damals in Russland galt. Auf dem Denkmal, das 1947 von der Kommandantur des sowjetischen Sektors von Berlin errichtet wurde, ist der 2. Juni angegeben. Einige Lexika nennen den 1. Juni.

Gestorben ist Glinka am 15. Februar 1857 in Berlin. Er wurde hier auf dem russisch-orthodoxen Friedhof in Tegel beigesetzt, allerdings bereits im Mai nach Petersburg überführt und dort im Alexander-Newski-Kloster beerdigt.

Glinka hatte sich auf einer Studienreise zu seinem früheren Kompositionslehrer Siegfried Dehm befunden. Er wollte mit ihm erörtern, wie die westliche Kunst der Fuge mit dem russischen Volkslied zu verbinden

wäre. Auf dem Heimweg von einem Hofkonzert am 21. Januar erkältete er sich schwer. Bei diesem Konzert wurde auch das Terzett aus dem 1. Akt seiner Oper „Iwan Sussanin“ aufgeführt und vom Publikum lebhaft gefeiert.

Glinka gilt als Schöpfer der russischen nationalen Kunstmusik aus dem Geiste des russischen Volksliedes. Seine Oper „Iwan Sussanin“ wurde zu einem Markstein in der Geschichte der russischen Musik. Sie wurde 1836 in Petersburger uraufgeführt, auf Wunsch des Hofes unter den Titel „Das Leben für den Zaren“. Die Handlung spielt 1613. Der Bauer Iwan Sussanin erhofft vom neuen Zaren, dass der den ständigen polnischen Überfällen ein Ende setze. Er führt ein polnisches Heer, das den Zaren ergreifen will, in unwegsames Gelände. Erstmals agierte ein Bauer als Held auf der russischen Bühne.

Fotos und Recherchen: Werner Wüste

Hier finden Sie uns:



Roter Laden

Schloßstraße 22
13507 Berlin-Tegel.

Öffnungszeiten:
Mo - Fr 15.00 bis 18.00 Uhr
Tel.: 4373 2630
Fax: 4373 2632

e-mail:
info@pds-reinickendorf.de

internet:
www.pds-reinickendorf.de

Termine

9.5.2004, 11.00 Uhr, Russischer Friedhof, Wittenstraße: **Ehrung** im Kampf um Berlin gefallener sowjetischer Soldaten und Offiziere sowie russischer Zwangsarbeiter durch VVN/ BdA und PDS Reinickendorf

24.5.2004, 17.00 Uhr im „Roten Laden“: **„Lenins Erbe und sozialistische-kommunistische Politik heute“**- öffentliche Mitgliederversammlung der PDS Reinickendorf mit Prof. Dr. Harald Neubert.

In Reinickendorf, Wittenstraße 37, befindet sich der einzige russisch-orthodoxe Friedhof Deutschlands. Er erinnert an gute und an bittere Erfahrungen zwischen beiden Völkern

Impressum

Herausgegeben vom Bezirksvorstand der PDS Reinickendorf, V.i.S.d.P.: Klaus Rathmann.

Wir in Reinickendorf wird vom Bezirksverband finanziert.

Spenden

sind ausdrücklich erwünscht: PDS Reinickendorf, Berliner Bank, BLZ: 100 200 00, Kontonummer: 4384 816812.